

Rede des Präsidenten des Deutschen Städtetages,
Markus Lewe, Oberbürgermeister der Stadt Münster,
auf der 43. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Hannover, 14. Mai 2025
(Es gilt das gesprochene Wort)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Die Realität vor der Haustür)

wir leben dieser Tage in zwei Realitäten:

Die eine Realität ist die in unserem Stadtteil, unserem Veedel, unserem Kiez, unserem Quartier. Wir treffen Nachbarn und Freunde, wir entspannen im Park, wir gehen ins Theater oder ins Kino. Wir treten vor die Haustür und sehen, wo neue Geschäfte öffnen – aber auch, wo alteingesessene Geschäfte schließen. Wir bekommen mit, wie die Miete in der neu vermieteten Nachbarwohnung gestiegen ist. Wir sehen Kinder auf dem Schulweg – und wissen, dass das Schulgebäude langsam mal eine Sanierung bräuchte. Die Menschen lieben ihre Stadt. Sie machen sich aber auch Gedanken um ihre Stadt, viele machen sich auch Sorgen. Das ist die eine Realität. Die Realität vor der Haustür.

(Die Realität auf den Bildschirmen)

Die andere Realität ist die, die wir Tag für Tag auf unseren Bildschirmen haben. Auf dem Smartphone, in den sozialen Netzwerken, in den Abendnachrichten. Wir hören von einem drohenden Handelskrieg. Wir sehen echten Krieg mitten in Europa in der Ukraine. Wir hören von Terroranschlägen, sehen Autokratien stärker werden. Wir sehen Naturkatastrophen und Zahlen zum fortschreitenden Klimawandel. Das alles sehen wir nicht unbedingt direkt, wenn wir vor die Haustür treten. Aber es sorgt uns. Es verunsichert – auch die Menschen in unseren Städten. Das ist die zweite Realität.

(Was können wir in den Städten tun? Sicherheit geben)

Was heißt das für uns in den Städten? Welchen Einfluss haben wir auf diese Realitäten? Uns alle eint ein gemeinsames Verständnis: Wir wollen, dass unsere Politik allen Menschen dient. Wir setzen auf Zusammenhalt statt auf Einzelinteressen. Gemeinwohl im allerbesten Sinne. „Zusammen sind wir Stadt“ ist das Motto unserer Hauptversammlung. Nur zusammen kann Stadt funktionieren. Wie können wir dafür sorgen, dass aus dem immer stärker gefühlten Gegeneinander wieder ein stärkeres Miteinander wird?

Dafür braucht es Vertrauen. Vertrauen darauf, dass es besser wird. Es braucht den Glauben daran, dass gemeinsam etwas gelingen kann. Es braucht Sicherheit statt Verunsicherung.

Ich meine damit die Sicherheit, dass das Leben in der Stadt für alle Menschen ein gutes Leben ist. Das ist unser Ansatzpunkt: Gute kommunale Politik, die das Leben der Menschen besser macht und Sicherheit gibt. Für beide dieser Realitäten: Wer sich vor Ort aufgehoben fühlt, der blickt auch zuversichtlich auf globale Veränderungen.

(Wohnen)

Bleiben wir zunächst bei der Realität vor der Haustür. Beim Thema Wohnen. Das eigene Zuhause ist ein Rückzugsort, in dem sich jeder geschützt und geborgen fühlen möchte. Das eigene Zuhause ist Ausgangspunkt für das Vertrauen in die eigene Lebensperspektive und damit für alles, was daraus folgt: Familie, Freundschaften und gesellschaftliche Teilhabe. Aber auch Ausbildung, Studium und Beruf. Unsicherheit beim Wohnen dagegen erschüttert unser Vertrauen auf ein gutes Leben. Wohnen ist ein existenzielles Grundbedürfnis.

Was wir aber derzeit erleben, macht viele Menschen unsicher. Wohnen ist teuer geworden. Extrem teuer. Wenn die Miete in der Stadt Menschen finanziell an die Grenzen bringt, dann haben wir ein Problem. Wohnen muss wieder bezahlbar werden – sowohl im Eigentum als auch zur Miete. Deshalb müssen wir an mehreren Stellschrauben drehen: Einerseits mehr zielgerichtete Förderung für Neubau. Und auch mehr Modernisierung im Gebäudebestand. Und andererseits wirksame Instrumente gegen explodierende Mieten.

In der vergangenen Woche ist die neue Bundesregierung vereidigt worden. In ihrem Koalitionsvertrag hat sie angekündigt, den sozialen Wohnungsbau anzukurbeln und einen Investitionsfonds für den Wohnungsbau aufzulegen. Wir sagen: gut so. Dazu muss dann aber auch gehören, dass endlich die Novelle des Baugesetzbuches kommt. Denn für mehr Wohnungsbau brauchen wir nicht nur mehr Geld, sondern endlich auch einfachere Prozesse.

(Soziale Sicherheit)

Ein weiterer Blick auf die Realität vor der Haustür: Sicherheit bedeutet für viele Menschen in unseren Städten immer auch soziale Sicherheit. Soziale Sicherheit garantiert Teilhabe an der Stadtgesellschaft. Ohne soziale Sicherheit kein Gemeinwohl. Denn gemeinwohlorientierte Politik ist immer Politik für alle Menschen in der Stadt – gerade für die, die unsere Unterstützung brauchen.

Zur Wahrheit gehört aber auch: In den vergangenen Jahren ist das Thema soziale Sicherheit ein zweischneidiges Schwert für uns in den Kommunen geworden. Wir alle wissen: Die Sozialausgaben wachsen uns über den Kopf. Bund und Länder setzen im Sozialrecht den Rahmen, viele Leistungen sind in den vergangenen Jahren hinzukommen – ausfinanziert für uns Kommunen waren sie nicht.

Wir haben einen sehr schweren Spagat vor uns. Wir werden in den kommenden Jahren dafür sorgen müssen, dass wir soziale Sicherheit für die Menschen in unseren Städten erhalten – und die Städte gleichzeitig aus der finanziellen Überforderung auch durch Sozialleistungen herausholen. Die neue Bundesregierung hat eine Kommission zur Sozialstaatsreform

angekündigt. Das ist gut. Aber lassen Sie mich dazu zwei Dinge sagen. Erstens: In dieser Kommission müssen die Kommunen die zentrale Rolle spielen. Ohne uns geht es nicht. Wir sind die, die für soziale Teilhabe vor Ort sorgen. Und zweitens: Sicherlich müssen wir in Deutschland auch darauf schauen, welche Sozialleistungen sich bewährt haben und welche wir reformieren müssen. Als Ergebnis einer solchen Kommission darf bei den Menschen aber nicht das Signal ankommen: Es wird einfach nur gekürzt. Es muss das Signal ankommen: Wir machen es besser. Wir machen es effektiver. Wir machen es zielgenauer. Und wir sorgen trotzdem auch weiterhin dafür, dass keiner zurückbleibt. Das gibt Sicherheit.

Dafür braucht es aber auch handlungsfähige Städte: Es sind die Kommunen, die am besten wissen, wo den Menschen vor Ort der Schuh drückt und welche Unterstützung am nötigsten ist. Wir alle wissen:

- Für soziale Absicherung und soziale Teilhabe vor Ort brauchen wir gut ausgestattete Jobcenter.
- Wir brauchen gut ausgestattete Sozialämter.
- Wir brauchen gut ausgestattete Gesundheitsämter.
- Und wir brauchen gut ausgestattete Jugendämter.

(Kommunal Finanzen)

Damit das geht, müssen unsere kommunalen Finanzen stimmen. Das ist aber landauf landab nicht mehr der Fall. Im Gegenteil: 2024 hatten wir bundesweit ein Rekorddefizit von fast 25 Milliarden Euro. Das sind Schlagzeilen, die auch die Menschen bei uns in den Städten wahrnehmen. Und sie fragen sich: Was bedeutet das für die Kita meiner Kinder? Was für die Öffnungszeiten im Bürgerbüro? Und was für mein Lieblingstheater?

Den Menschen Sicherheit zu geben heißt deshalb auch: Sichere Kommunalfinanzen, mit denen wir unsere Städte nach vorne bringen können. Wir wollen nicht Tag für Tag überlegen, wo wir sparen. Wir wollen die Zukunft unserer Städte planen. Im Februar waren wir gemeinsam in der Bundespressekonferenz, Burkhard Jung, Katja Dörner und ich. Wir haben für den Deutschen Städtetag deutlich gemacht: Die Finanzsituation der Städte ist dramatisch und wir brauchen dringend Veränderungen.

- Erstens: Wir brauchen einen höheren Anteil der Städte an den Gemeinschaftssteuern.
- Zweitens: Es darf von Bund und Ländern keine zusätzlichen Aufgaben mehr für die Städte geben, die nicht ausfinanziert sind.
- Drittens – und da richte ich mich vor allem auch an die neue Bundesregierung: Es darf von Bund und Ländern keine Steuererleichterungen geben, die zu Einnahmeausfällen bei den Kommunen führen. Und wenn es sie doch gibt, müssen die Ausfälle 1 zu 1 ausgeglichen werden.

Und wie blicken wir auf das 500-Milliarden-Sondervermögen? Manche sagen: Das ist noch zu wenig, das sind zwar Investitionsmittel, strukturell ändert sich aber nichts. Da ist etwas dran. Aber wir müssen doch auch anerkennen, was für ein Riesepaket das ist. Das Sondervermögen und die reformierten Schuldenbremsen des Bundes und der Länder sind ein echtes Pfund, das haben wir vom ersten Tag an mitgetragen.

Die beschlossene Grundgesetzänderung macht ein ausgesprochen schlankes Verfahren der Mittelzuweisungen und große Entscheidungsspielräume vor Ort bei uns in den Städten möglich. Wohlgemerkt: Sie macht es möglich. Bund und Länder dürfen sich jetzt nicht wieder in Spiegelstrich-Politik und komplizierten Förderprogrammen verlieren. Dem Infrastrukturpaket muss ein Paket zum Bürokratieabbau und zur Verfahrensbeschleunigung folgen, damit das Geld schnell auf die Straße kommt. Wenn die Menschen merken, dass etwas vorangeht, gibt das Sicherheit.

(Resilienz / Klima / Zivil- und Katastrophenschutz / Urban Diplomacy)

Ich möchte auch einen Blick auf den globalen Kontext werfen. Auf die zweite Realität. Die Realität, die uns Tag für Tag in den Nachrichten begegnet. Vieles davon wirkt vielleicht erst einmal weit weg und abstrakt. Aber wenn die USA drastische Zölle erheben, dann hat das auch Auswirkungen auf die Realität vor unserer Haustür. Auf Arbeitsplätze. Auf Unternehmen. Und ja, damit auch irgendwann auf die Gewerbesteuerereinnahmen der Städte.

Ähnlich ist es mit dem Klimawandel. Aus abstrakten Zahlen werden spürbare Hitzewellen in unseren Städten, Hochwasser, Dürre.

Die Welt ist unberechenbarer geworden. Und das macht unsicher.

Können wir in den Städten etwas dagegen tun? Ja. Und wir tun es bereits. Ich will drei kurze Beispiele bringen:

Erstens: Klimaschutz und Klimaanpassung. Viele unserer Städte haben sich ehrgeizige Klimaschutzziele gesetzt. Nicht, um einem politischen Zeitgeist zu gefallen. Sondern aus absoluter Notwendigkeit.

Der Klimawandel birgt große Risiken für unsere Städte. Es muss darum gehen, die Risiken zu identifizieren und vorausschauend zu handeln, damit die Lebensräume in unseren Städten sicher bleiben. Die Maßnahmen sind oft kostenintensiv und werden allein in Ländern und Kommunen auf 55 Milliarden bis 2030 geschätzt. Der Koalitionsvertrag enthält positive Signale, mit dem Blick auf eine Gemeinschaftsaufgabe Klimaanpassung und der Botschaft, dass die Finanzierung gemeinsam mit den Ländern auf solide Beine gestellt werden soll. Das ist wichtig. Und das gibt auch den Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit.

Zweitens: der Zivil- und Katastrophenschutz. Sicherheit heißt auch, dass der Alltag vor Ort funktioniert. Erst recht in einem Katastrophenfall – Beispiel Corona, Beispiel Energiekrise. Ohne uns Städte geht das nicht. Wenn wir von Resilienz sprechen, sprechen wir von Maßnahmen vor Ort. Am Ende ist klar: Egal welche Krisen- oder Katastrophenlage wir haben: operativ findet alles in der Kommune statt. Es braucht unsere Infrastruktur und es braucht unsere lokale Versorgung. Heute ist es oft so, dass wir nach Bund und Ländern die letzten sind, die von einer Lage und geplanten Maßnahmen erfahren. Das kann nicht sein. Wir brauchen auch in diesem Bereich ein neues Miteinander auf Augenhöhe. Wenn die Menschen wissen, dass ihre Stadt einen Plan hat und sich kümmert, gibt das Sicherheit.

Wir sollten übrigens auch darüber nachdenken, ob in Deutschland die Trennung von Katastrophenschutz und Zivilschutz noch zeitgemäß ist – oder ob wir das neu sortieren müssen.

Und drittens: Die Weltlage ändert sich gerade dramatisch. Konflikte und Kriege nehmen zu. Autokratien werden stärker. Stehen wir als Städte da hilflos daneben oder haben wir Einfluss? Ja, wir haben Einfluss. Es ist mir eine große Ehre, seit fast 16 Jahren Oberbürgermeister in dem Rathaus zu sein, das den Friedenssaal beherbergt. Im Friedenssaal in Münster wurde der Westfälische Frieden geschlossen. Der Einsatz für Frieden und Verständigung ist mir – und ist sicherlich uns allen – ein besonderes Anliegen. Wir Städte tun das mit Städtepartnerschaften in Europa und weltweit, mit Kooperationsprojekten in anderen Ländern, mit Städtediplomatie im besten Sinne. Wir zeigen unseren Bürgerinnen und Bürgern: Auch wenn auf nationaler Ebene Konflikte herrschen, gelingt Städten untereinander Zusammenarbeit und Verständigung. Und wir zeigen unseren Bürgerinnen und Bürgern: Jede und jeder einzelne kann etwas tun. Viele von uns haben Hilfsprojekte für unsere Partnerstädte in der Ukraine auf den Weg gebracht – immer mit großer Unterstützung und tatkräftiger Hilfe vieler Menschen in unseren Städten. Das zeigt auch unseren Bürgerinnen und Bürgern: Wir können etwas tun. Wir sind nicht ohnmächtig. Auch das gibt Sicherheit.

(Schluss)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

In zwei Jahren kommen wir zur nächsten Hauptversammlung des Deutschen Städtetages zusammen. Zwei Jahre, in denen wir alle uns jeden Tag anstrengen, um gute Politik für die Menschen in unseren Städten machen. Und wenn die Bürgerinnen und Bürger uns dann in zwei Jahren sagen: „Das hat sich gut entwickelt. Ich lebe gerne in meiner Stadt.“ – dann haben wir ihnen die Sicherheit gegeben, die ich meine. In beiden Realitäten.

Dafür braucht es natürlich auch den passenden Rahmen vom Bund. Lassen Sie mich an dieser Stelle noch sagen: Der Bundeskanzler, der ursprünglich zu uns sprechen sollte, musste seine Teilnahme absagen. Er hält heute in Berlin seine erste Regierungserklärung. Aber morgen wird Kanzleramtsminister Frei per Zuschaltung bei unserer Hauptversammlung dabei sein. Das ist schon mal ein gutes Signal. Den Bundeskanzler, da können Sie sich sicher sein, werden wir die Anliegen der Städte sehr bald in einem direkten Gespräch von dieser Hauptversammlung mitbringen.

Lassen Sie uns alle dafür arbeiten. Lassen Sie uns gute Lösungen finden und uns austauschen. Lassen Sie uns zusammenhalten. In unseren Städten. Im Deutschen Städtetag. Nutzen Sie dafür auch diese Hauptversammlung als großes Netzwerktreffen der kommunalen Familie.

Sicherheit geben. Vertrauen schaffen. Den Glauben an eine bessere Zukunft stärken. Für das Gemeinwohl. Zusammen sind wir Stadt.

Die allermeisten von Ihnen wissen es: Das war meine letzte Rede als Präsident des Deutschen Städtetages. Ich möchte an dieser Stelle nur so viel sagen: Es war mir eine unglaubliche Ehre, so viele Jahre Präsident dieses großartigen Verbandes, unserer Stimme der Städte gewesen zu sein. Es ist ein großes Privileg, vor allem wegen der vielen, vielen Kontakte zu engagierten, großartigen Menschen aus der kommunalen Familie, über Parteigrenzen hinweg. Das ist mein letzter Tag im Amt des Präsidenten, aber es ist definitiv

nicht mein letzter Tag im Einsatz für die kommunale Familie. Ich werde dem Deutschen Städtetag, ich werden Ihnen immer verbunden bleiben. Ich danke Ihnen.]